

Die krisenhafte Lähmung
ist überwindbar

Was fehlt Europa?

Marianne Kneuer

Wenn man an Europa denkt, dann denkt man zurzeit an Krise. Seit den die Verfassung ablehnenden Referenden in Frankreich und in den Niederlanden und seit dem Scheitern einer Einigung über die künftige Finanzierung auf dem Gipfel in Brüssel liegt eine Stimmung der Lähmung und Ratlosigkeit über dem Kontinent. Und dies kann möglicherweise gefährlicher sein als die Krise selbst. Optimisten sagen, dass Europa bekanntermaßen bereits etliche schwere Krisen bewältigt hat und auch diese wieder überwunden werden wird.

Schließlich ist die Ablehnung der Verfassung mit der Ablehnung des Maas-trichter Vertrages über die Europäische Union – durch Frankreich und durch Dänemark – zu vergleichen, ging es damals doch auch um eine tief greifende Weiterentwicklung der europäischen Konstruktion. Und auch der Nizza-Vertrag, der die Osterweiterung vorbereiten sollte, ist durch ein Referendum in Irland abgelehnt worden. Geht man noch näher an die Gegenwart heran, so wird man sich erinnern, dass sich die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel in Kopenhagen 2003 ebenfalls nicht auf die Verabschiedung des Verfassungsentwurfes einigen konnten; nicht weil nicht alle die Verfassung für eine gute Sache hielten, sondern weil nationale Interessen und Empfindlichkeiten in die Waagschale geworfen wurden.

Nochmals aus optimistischer Perspektive gesprochen, könnte man ins Feld führen, dass die Überbetonung der National-

interessen nichts Neues ist und dass die EG die dadurch ausgelöste krisenhafte Situation der sechziger Jahre auch überwunden hat. Aber damals bedurfte es zum einen der Demission eines zentralen Akteurs, Charles de Gaulle, zum Zweiten gab es den konsensuellen Willen zur Revitalisierung, die gemeinsame Kraftanstrengung, der europäischen Integration einen neuen Schub zu verleihen – sichtbar im Haager Gipfel 1969 –, und drittens formulierte man Ziele, die heute durchaus den Titel von Visionen zu tragen verdienen: nämlich die außenpolitische Zusammenarbeit (EPZ) und die Idee einer Wirtschafts- und Währungsunion.

Fixierung auf eigene Interessen

Der Wille zur gemeinsamen Kraftanstrengung fehlt zurzeit in Europa völlig. Das wurde auf dem Gipfel von Brüssel sichtbar; selbst die negativen Referenden waren nicht in der Lage, einen Zusammenhalt in Bezug auf die künftige Finanzplanung zu katalysieren. Ganz im Gegenteil verschärfte das Agieren Großbritanniens die krisenhafte Lähmung noch zusätzlich. Und Ziele, gar Visionen mag oder wagt im Moment wohl niemand zu formulieren. Die Frage ist, ob die derzeitige Krise wirklich in jenen Referenden besteht. Oder die Tatsache, dass, wie der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker es kürzlich sagte, einzelne Mitgliedstaaten „ohne Rücksicht auf den gesamteuropäischen Kontext brutal, auf Kosten der EU und ihrer Nachbarländer ihre eigenen Interessen in den Mittelpunkt

stellten“. Sind diese Ereignisse nicht letztlich eine Zuspitzung einer längeren Kette, die deswegen als so dramatisch empfunden wird, weil sie das Ende einer Phase des Durchwurstelns anzeigt? Will man Rezepte für die Zukunft entwickeln, muss man zunächst wissen, welches die Krankheit ist und wo Heilungschancen liegen.

Defizit: das deutsch-französische Duo

Die erste Krankheit bezieht sich auf die für die europäische Fortentwicklung so zentrale deutsch-französische Zusammenarbeit. Genau für diese aber verwendete Helmut Schmidt jenes Wort vom „ziellosten Durchwursteln“ (*Die Zeit*, 16. Januar 2003). Der Entschluss zum Euro 1992 sei der letzte gemeinsame Führungsakt gewesen. Führung ist das Stichwort: Gerade in einer für die europäische Entwicklung essenziellen Phase – Vorbereitung der Osterweiterung, abschließende Reformschritte im Vertrag von Nizza – liefen Frankreich und Deutschland unkoordiniert nebeneinander her. Zwischen Frankreich und Deutschland „lief kaum noch etwas“, „und damit fehlte der Vertiefung der europäischen Integration generell wie insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik der Impulsgeber“ (Hanns W. Maull). Die fehlende Führung und Abstimmung waren ebenso kontraproduktiv wie der konfrontative Stil der deutschen und französischen Regierungen.

Bereits bei den Vorbereitungen der Regierungskonferenz von Nizza im Dezember 1999 brach der französische Staatspräsident Jacques Chirac mit einer „europäischen Regel“, nämlich die kleinen Mitgliedsländer und ihre traditionelle Überrepräsentation zu respektieren. Chirac polarisierte „Große gegen Kleine“, und Deutschland, das sich immer als Anwalt der Kleinen verstanden und als Vermittler fungiert hatte, nahm diese Rolle nicht wahr. Eine ähnliche, da polarisierende Konstellation wiederholte sich

dann im Zusammenhang mit der Haltung zum Irak-Krieg, als Chirac die osteuropäischen Länder als ungezogene Kinder maßregelte und damit die inhaltliche Spaltung in Europa auch noch emotional förderte. Auch hier vermochte es Deutschland nicht, als glaubwürdiger Vermittler zu glänzen.

Der Schulterschluss zwischen Deutschland und Frankreich durch die ablehnende Haltung zum Irak-Krieg änderte im Übrigen nichts daran, dass sie weiterhin keine gemeinsamen und substanziellen Konzepte für die Weiterentwicklung der Europäischen Union haben. Trotz der zunehmenden freundschaftlichen Gesten ist zum Beispiel der seit 1999 offene Dissens über die Finanzierung der Agrarpolitik nicht gelöst. Es fehlt also eine gemeinsame Linie in wichtigen Bereichen, und vor allem bleiben weiterhin Impulse von dem deutsch-französischen Duo für die zukünftige Gestaltung Europas aus.

Einig waren sich Deutschland und Frankreich aber in der Absicht, das Gewicht der Kommission zu schwächen und das der Nationalstaaten qua Rat und Europäischem Rat zu stärken. Nizza war somit das erste Symptom einer Renationalisierungstendenz, von der man damals noch nicht wissen konnte, „ob dies nur ein einmaliger, durch die Tagesordnung und Verhandlungsführung determinierter Ausrutscher war oder der Weg hin zu einer an den alten intergouvernementalen Mustern der sechziger Jahre orientierten Zusammenarbeit eingeschlagen wurde“ (Werner Weidenfeld, *Nizza in der Analyse*). Inzwischen hat sich zumindest bestätigt, dass die Dominanz nationaler Interessen vor europäischem Zusammenhalt kein Ausrutscher war, sondern sich vielmehr zu einem Muster verfestigt hat.

Die Defizite des deutsch-französischen Motors sind somit *cum grano salis* drei: *erstens* die fehlende Führung in Form von Konzepten und Visionen für Europa,

zweitens das falsche Verständnis ihrer Führungsrolle (Polarisierung statt Zusammenführen) und *drittens* der von Chirac und Schröder in Stil-, aber auch inhaltlichen Fragen demonstrierte Vorrang nationaler Interessen.

Desiderate: Führung und Konzepte

Die Desiderate, an das deutsch-französische Duo gerichtet, lauten somit Führung und Konzepte. Führung heißt dabei freilich nicht diktieren oder dominieren wollen um jeden Preis. In einer gut verstandenen Form, wie sie etwa in dem Trio Helmut Kohl – François Mitterrand – Jacques Delors praktiziert wurde, heißt führen, gemeinsame Ziele zu formulieren und Vorschläge für die Weggestaltung dorthin zu machen. Form und Inhalt sind dabei zwei Seiten einer Medaille: Der Inhalt muss konsensfähig sein, und es bedarf eines konsensorientierten Stils. In der EU – zumal einer EU 25 – heißt führen insbesondere auch ausbalancieren der Interessen. Das kann durchaus auch ein Vorgehen in verschiedenen Geschwindigkeiten sein, wie es in Bezug auf den Euro oder Schengen umgesetzt wird. Aber auch dies muss von einem Konsens getragen sein; eine Avantgarde darf keinen Graben hinter sich herziehen, sondern muss einen positiven Anreiz darstellen.

Wer all diese besonderen Gesetzmäßigkeiten in der EU nicht beachtet, der scheitert an dieser Führungsaufgabe, dem wird die Führung kaum überlassen oder – auch das ist möglich – entrissen. Ist nicht der Vorstoß des britischen Premierministers Tony Blair in Bezug auf die Reform der Agrarpolitik und der Wirtschaftsreform ein deutliches Anzeichen für einen Führungsanspruch? Man mag spekulieren, ob Blair sich die Schwäche der französischen Regierung nach dem Referendum und die Schwäche der deutschen Regierung nach der Ankündigung von Neuwahlen zu Nutze machte und

Morgenluft witterte, um Europa weg von dem Modell Sozialer Marktwirtschaft und Solidarität hin zu dem neoliberalen britischen Modell zu lenken.

Ein weiteres Problem liegt in dem Fehlen einer klaren Zielrichtung. Wenn man nicht weiß, wohin man will, kann man auch nicht führen, dann ersetzen Entscheidungen aus der Situation heraus und Taktieren die notwendigen Konzepte und Strategien. Gerade die beiden bedeutenden Schritte – die größte Erweiterung der EU und der einschneidende Schritt einer Verfassungsgebung – verlangen nach klaren Aussagen über die Ziele und die künftige Gestalt Europas. Die Humboldt-Rede von Joschka Fischer und die Rede Chiracs thematisierten die „Finalität“ Europas und katalysierten auch eine Debatte darüber. Aber auch dieser Schwung des Jahres 2000 ist längst verebbt. Fischer hat sich von der Idee einer europäischen Föderation abgewandt und nimmt nun die „strategische Dimension“ Europas in den Blick, während Schröder sich inzwischen für ein Kerneuropa stark gemacht hatte. Was genau mit „strategischer Dimension“ gemeint ist, bleibt derweil ebenso unscharf wie Schröders kerneuropäische Ideen. Diffusität kann sich die EU aber nicht leisten, insbesondere in der momentan krisenhaften Situation – zwischen dem deutsch-französischen und dem britischen Stuhl hängend. Europa braucht ein klares Leitbild und eine Identität.

Defizit: Identität

Kurz vor der Erweiterung im Mai letzten Jahres ließ sich eine dramatische Veränderung in Bezug auf die Identitäten feststellen. Die Erwartung, dass die „Wiedervereinigung“ Europas die Verbundenheit mit europäischen Werten und europäischer Identität stärken würde, hat sich nicht erfüllt. In 17 von 25 Ländern hat die nationale Identität im Vergleich zur europäischen um mindestens vier Punkte zu-

genommen, in den neuen Mitgliedstaaten bis zu elf Punkten. Europäische Identität herrscht somit heute weniger vor. Die Umfragen nach den Referenden in den Niederlanden und Frankreich haben gezeigt, dass insbesondere unter den 18- bis 24-Jährigen viele gegen die Verfassung stimmten (in den Niederlanden 74 Prozent). In Frankreich wurde von 66 Prozent dieser Altersgruppe als Grund angegeben, dass die EU zu komplex sei. Von einer Verfassung hatten sich manche Politikwissenschaftler eigentlich eine identitätsstiftende Wirkung erhofft. Eine Verfassung könnte jene notwendige Zielvorstellung für die Zukunft, einen gesellschaftlichen Konsens über Richtung und Ausmaß der Integration und eine breite öffentliche Zustimmung zur EU mobilisieren, so Werner Weidenfeld. Es birgt eine gewisse Absurdität in sich, dass die Verfassung das gerade nicht erfüllt.

Das Problem ist, dass weder die Gründungsidee der EWG bewusst und konsequent weiterentwickelt noch eine andere, neue Konzeption europäischer Identität erdacht worden ist. Je mehr Länder und Subregionen aber in die EU integriert werden, desto dringender wird eine Definition dessen, was Europa ist, was es sein kann, was es sein will und wo seine Grenzen sind. Da geht es nicht nur um die Türkei, sondern auch um die Frage, wie die Beziehungen zu Moldau und zur Ukraine aussehen sollen oder auch zu Marokko, Tunesien und Algerien.

Das diffuse Bild der EU ist ein Schwachpunkt, und zwar sowohl für den inneren Zusammenhalt und das eigene Selbstverständnis als auch für die nach außen hin wahrnehmbare Repräsentation und die Ausgestaltung der Außenbeziehungen. Ein Desiderat ersten Ranges ist das Formulieren und das Fördern einer europäischen Identität. Dies ist essenziell sowohl nach innen als auch nach außen. Identität birgt zwei Seiten in sich: Nur mit einem klaren Selbstbild kann Europa auch poli-

tisch nach außen hin klar und effektiv agieren. Die EU wird keine Konzepte und Strategien für die sie umgebenden Bedrohungen und Herausforderungen formulieren oder gar umsetzen können, wenn sie intern keine Identität herausbilden kann. Sie braucht einen Rahmen, bestehend aus historischen Ablagerungen, gegenwärtigen Interessen und künftigen Perspektiven, einen elementaren Konsens über Ziele, eine Schicht europaweiter Gemeinsamkeit.

Eine Identität ist sowohl für die Partner in der Welt und die Mitgliedstaaten wichtig als auch für die Bürger der EU, weil sie einen Bezugspunkt darstellt, die Interessen klar macht, Ziele vor Augen führt. Dass die Unterstützung der Bürger wichtig sei, dass Europa deswegen transparenter und bürgernäher werden muss, das ist inzwischen Teil aller Sonntagsreden. Bereits der Nizza-Vertrag als Meisterstück der Undurchschaubarkeit und auch die Verfassung strafen jedoch die Politikerworte Lügen. „Solange ein klares Selbstbild fehlt, wird es schwer für die großeuropäische Zukunft, Lösungen und Strategien zu definieren“ (Beate Neuss).

„Soziales Antlitz“

Identitäten lassen sich freilich nicht aus dem Boden stampfen, Identitäten wachsen, wohl aber kann man sie düngen und Triebe veredeln. Wo könnte man ansetzen? Ganz offensichtlich bewerten die Bürger die soziale Dimension Europas als wichtig. Als zweite Priorität für die EU wird der Kampf gegen Armut und soziale Exklusion genannt (Eurobarometer Frühjahr 2005). Die Umfrage nach dem Referendum in Frankreich hat ergeben, dass 65 Prozent sich Neuverhandlungen für mehr soziale Aspekte wünschen (Post-Referendum Flash-Eurobarometer, Juni 2005). Unabhängig davon, ob diese Wahrnehmung realitätsnah ist oder nicht, zeigt dieser Befund, dass eine Nachfrage nach sozialen Inhalten besteht. Im Lichte der wirtschaftlichen Globalisierung, auf die

die Bürger immer empfindlicher und unsicherer reagieren, könnte die „Bewahrung des sozialen Antlitzes Europas“ (Dietmar Herz) eine positive Vision Europas sein. Die Tatsache, dass der Nationalstaat mit vielen Phänomenen der Globalisierung überfordert ist, ist vielen Menschen längst klar. Dass Lösungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene effektiver zu gestalten sind, wäre eine Botschaft, die daher ankommen könnte.

Außenpolitischer Akteur

Ein anderer Ansatzpunkt ist die Außendimension Europas. Wurde eben gesagt, dass Europa nur mit einem klaren Selbstbild auch nach außen hin klar und effektiv agieren kann, so gilt umgekehrt: Eine positive Präsentation als außenpolitischer Akteur mit sichtbaren Projekten und effektivem Handeln kann dem Selbstbild Format geben. Damit ist nicht Identitätsbildung durch Abgrenzung gemeint – ganz im Gegenteil. „Der Gründungsmythos“ der sechs Kernländer der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war die Botschaft, aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges für friedliche und stabile Verhältnisse gemeinsam zu streben. Es ist richtig, wenn angezweifelt wird, dass diese Gründungserfahrung noch Bedeutung für die jüngeren Generationen hat. Dass aber Europa als Frage von Krieg und Frieden durchaus – auch für jüngere Menschen – ein Thema ist, sollte nicht bezweifelt werden. Auf die Frage, was Europa für sie bedeutet, antworten nämlich 36 Prozent Frieden, das ist die dritthäufigste Antwort.

Die EU hat sich seit dem Kollaps des Ostblockes bis zur Aufnahme von acht post-kommunistischen Ländern nicht nur als wichtige Unterstützung der Demokratisierung bewährt, sondern sie hat mit ihrer Politik geholfen vorzubeugen, dass sich im Baltikum und in Ostmitteleuropa die politische Lage destabilisierte.

Und auch jetzt trägt sie – trotz ihrer unrühmlichen Rolle im Jugoslawien-Krieg – wieder zur Stabilisierung des Balkans bei. Diese Leistungen werden unverständlicherweise viel zu tief gehängt. Krieg und Frieden sind nämlich sehr wohl noch aktuelle Themen, auch hier in Europa. Anstatt die Kosten der Osterweiterung immer in den Vordergrund zu stellen – was immer geschehen ist, ohne die Marktvorteile für die „alten“ Mitglieder im selben Atemzug zu nennen –, sollte diese Seite des EU-Außenhandelns deutlicher hervorgehoben werden.

Gerade eine gemeinsame Außenpolitik und auch eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden von den europäischen Bürgern seit Anfang der neunziger Jahre mehrheitlich (im Durchschnitt etwa 70 und 75 Prozent) unterstützt. Über 80 Prozent wünschen sich, dass die EU bei internationalen Krisen eine gemeinsame Position einnimmt. Gerade in den Bereichen Außen- und Verteidigungspolitik sowie beim Kampf gegen den Terrorismus haben die Bürger eine sehr positive Perzeption der EU. In diesen Bereichen befürworten die Bürger im Übrigen mehrheitlich eher ein gemeinsames Vorgehen von EU und nationaler Regierung als ein rein nationales Handeln.

Das Eurobarometer 62 (Herbst 2004) zeigt, in wie vielen Bereichen und wie deutlich ein gemeinsames Vorgehen gegenüber nationalem Handeln bevorzugt wird. Es beweist, wie „europäisch“ die Europäer bereits geworden sind, das heißt, wie sehr sie durchaus zwischen den Bereichen unterscheiden, in denen die nationale Regierung allein effektiv handeln kann, und den Feldern, in denen rein nationale Lösungen nicht mehr möglich sind, wie im Umweltschutz oder im Asylrecht und in der Einwanderungspolitik. Daraus lässt sich auch schließen, dass die EU dort als effektiver Akteur anerkannt ist, und das gilt nicht zuletzt für die Wäh-

rungspolitik, die zu ihren Anfängen eher skeptisch betrachtet wurde.

Ein Defizit an europäischer Identität besteht zweifelsohne, aber es gibt genug Punkte, an denen angesetzt werden kann. Identitätsbildende Ziele, Projekte oder Visionen können das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa verstärken. Wichtig ist in gleichem Maße die Unterstützung dieser Ziele und Projekte. Genau diese hat das französische und niederländische Volk dem Projekt Verfassung entzogen.

Defizit: Sichtbarkeit und „Marketing“

Eng zusammenhängend mit dem Fehlen einer Identität ist der Mangel an Sichtbarkeit. Ist das Selbstverständnis für die Akteure der EU und deren Partner nicht deutlich, ist kein Selbstbild vorhanden, lässt es sich auch nicht sichtbar machen, oder es werden immer nur Facetten sichtbar. Eine gute Selbstdarstellung würde die allgemeine innere und auch die internationale Akzeptanz der EU erhöhen und gleichzeitig ihre Identität stärken. Dazu gehört zum Beispiel, Unterstützung stärker einzuwerben für die eigene Politik und auch Erfolge sichtbar zu machen. Hinsichtlich nationaler Politik wissen wir, dass Unterstützung für politische Projekte durch Überzeugung und diese wiederum durch Kommunikation erzeugt wird. Verkürzt gesagt, geschieht politische Führung durch Kommunikation. Dies ist aber eine Lektion, die die EU und ihre Politiker noch lernen müssen.

Die Referenden haben es sehr deutlich gezeigt: Das politische Projekt Verfassung ist den Bürgern nicht ausreichend vermittelt worden. In allen EU-Ländern wurden relativ hohe Werte in Bezug auf den Mangel an Information angegeben. In den Niederlanden war das der häufigste Grund für die Ablehnung der Verfassung, nämlich 43 Prozent, und für 51 Prozent der Nichtwähler war dies der Grund, gar nicht erst abzustimmen (Post-Referendum Flash-Eurobarometer Niederlande).

Ein weiterer Befund: Diejenigen, die sich nicht genug informiert fühlten, neigten eher zu einem Nein. In Frankreich wurde ebenfalls von fast der Hälfte der Bürger als Grund für das Nichtwählen der Mangel an Information angegeben. Aber noch häufiger wurde als Grund genannt, der Text der Verfassung sei zu kompliziert (60 Prozent). Am interessantesten aber ist die Antwort der niederländischen Befragten (immerhin 50 Prozent), die glaubten, dass die Verfassung nicht wichtig sei für die europäische Konstruktion. Das zeigt einmal mehr, dass die Politiker in den einzelnen Ländern nicht deutlich gemacht haben, wozu Europa diese Verfassung braucht, welche Vorteile damit verbunden sind, was sie für die EU und jeden einzelnen ihrer Bürger bedeutet. Auch in Deutschland fehlte eine solche Aufklärung über die Inhalte der Verfassung völlig.

Performance verstärken

Unterstützung für ein politisches System ebenso wie die Legitimation eines Systems geschehen in großem Maße über das Output: die Leistungen, die *performance*. In der Selbstdarstellung ihrer Leistungen und positiven Fortschritte ist die EU – das heißt die einzelnen Organe, aber auch die nationalen Regierungen – nach innen wie nach außen zu passiv.

Der Verbraucherschutz zum Beispiel ist ein Bereich, in dem die Tätigkeit der EU in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Dabei wird zu wenig herausgestellt, wie sehr sich dies in erster Linie zu Gunsten der Verbraucher auswirkt. Tatsächlich ist es so, dass die EU mehr tut, als es scheint, und mehr vorzuweisen hat, als es bekannt ist. Das gilt auch in der Außenpolitik. „Während die amerikanische Supermacht uns lehrt, wie man maximale Publizität mit oft wenig Geld erreicht, ist die EU der Meister von maximalen, beträchtlichen finanziellen Beiträgen und minimalen politischen Gewinnen“ (Günter Burghardt).

Nimmt man zum Beispiel den Friedensprozess in Bosnien, so wird die öffentliche Wahrnehmung durch die Rolle der USA dominiert. In Wirklichkeit aber leisteten sie nur einen geringen Teil zum Wiederaufbau und waren in der SFOR deutlich geringervertreten als die EU-Länder. Ähnliches gilt auch für das Dayton-Abkommen, das gemeinhin als amerikanischer Erfolg gilt, wenngleich einige europäische Staaten, insbesondere auch Deutschland, daran intensiv mitgewirkt haben.

Politische Führung

Niemand ist so naiv, Waschmittelwerbestrategien auf die EU anwenden zu wollen. Marketing im Zusammenhang mit der EU soll heißen: Leistungen herausstellen, Erfolge als Erfolge darstellen, für die eigenen Konzepte werben. Hier schließt sich der Kreis. Die EU braucht, um all diese Desiderate umzusetzen, die entsprechende politische Führung. Diese politische Führung muss in der Lage sein, die Leistungen und Erfolge ebenso sichtbar zu machen wie die Zielvorstellungen und Konzepte für die Zukunft. Nach den gescheiterten Referenden haben etliche Politiker davon gesprochen, dass die Bürger nicht „mitgenommen worden seien“. Soll jemand mitgehen, dann will er wissen, wohin. Meist auch, wasser davon hat. Wer geht mit jemandem mit, der nicht klar macht, wohin er geht und zu welchem Zweck?

Bleiben wir bei der optimistischen Perspektive, beruhend auf der europäischen Erfahrung, dass auch diese Krise bewältigt werden wird. Aber dies kann nur unter einer Bedingung geschehen, nämlich

wenn die politische Führung sich in aller Deutlichkeit hinter das Projekt einer Weiterentwicklung Europas im Sinne einer politischen Union, eines supranationalen Europas stellt. Sollten die Nationalinteressen im deutsch-französischen Führungsduo weiterhin dominieren oder nochmals beziehungsweise weiterhin so massiv von Großbritannien in die Waagschale geworfen werden, dann hätte das nach innen wie nach außen fatale Folgen. Eine Ambiguität hinsichtlich des Projektes Europa an sich und der fehlende Wille, für dieses Projekt die Führung zu übernehmen und wieder eine gemeinsame Gangart zu finden, wären ein gewaltiger Rückschritt.

Das *Worst-case*-Szenario wäre ein Abgleiten in die Zeit der Intergouvernementalität. Außenpolitisch würde das bedeuten, dass sich die EU als gewichtiger Akteur auf der internationalen Bühne, als gefragter Partner und als Pol in der Triade mit den USA und Japan verabschieden würde. Das würde auch den Verlust der Strahlkraft des europäischen Modells bedeuten. Das *Best-case*-Szenario liegt in der Hoffnung, dass der deutsch-französische Motor wieder im europäischen Takt läuft und jene notwendige substanzielle Führung übernimmt. Helmut Schmidt kritisierte einmal, dass weder Chirac noch Schröder verstanden hätten, dass nationalstaatliche Selbstbehauptung immer aussichtsloser werde. Es steht zu befürchten, dass sich diese Haltung auch nicht mehr ändern wird. Daher muss man wohl warten, bis in Deutschland und Frankreich die Karten neu gemischt werden.

Die Oktoberausgabe der Politischen Meinung zum Schwerpunkt

Deutschland nach der Wahl

wird aufgrund der Bundestagswahl am 18. September 2005
erst Mitte Oktober erscheinen.